

## Fraktionsgeschäftsstelle DIE LINKE. Gera

### Wichtige Ergebnisse der Stadtratssitzung vom 19. Februar 2015

Die Sitzung des Stadtrates begann mit einer „**Aktuellen Stunde**“ zum Thema „**Förderung des Tourismus in Gera**“ (Antragsteller SPD-Fraktion).

Alle Fraktionen kritisierten die Arbeitsweise der Stadtverwaltung, die nach über einem Jahr dem Stadtrat keine Vorlage zur Entscheidung unterbreiten konnte.

In ihrem Redebeitrag unterbreitete die Oberbürgermeisterin den Vorschlag der Übernahme der Aufgabe des Tourismusverbandes durch die Geraer Kultur GmbH.

Frau Linke vom Tourismus-Verein sieht sich „nicht mitgenommen“ und bezweifelt Möglichkeiten der Kosteneinsparung einer solchen Übernahme.

Die Diskussionsredner diverser Fraktionen kritisierten am Verein, dass er den Nachweis der Unabweisbarkeit der Leistungen des Tourismusvereins nicht erbringen konnte.

#### **Redebeitrag Nina Wunderlich (DIE LINKE.)**

*Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
sehr geehrte Oberbürgermeisterin,  
werte Stadtratsmitglieder,  
sehr geehrte Gäste,*

*Eine Stadt zu vermarkten, für auswärtige Gäste attraktiv zu machen und den Fremdenverkehr zu fördern – das sind Aufgaben, denen sich eine Stadtverwaltung stellen muss, wenn sie sich positiv darstellen und auf die möglichen Einnahmen, die der Tourismus mit sich bringen kann, nicht verzichten will.*

*Natürlich ist das in unserer Stadt nicht anders: Vor 16 Jahren wurden daher diese Aufgaben, mehr oder weniger konkret beschrieben, von der Stadtverwaltung an den Tourismus-Verein übertragen. Der Verein betreibt die touristische Vermarktung und wird mit den zur Erfüllung dieser Aufgabe notwendigen finanziellen Mitteln von der Stadt ausgestattet.*

*Soweit die Theorie. In der Praxis sind wir eine haushaltssichernde Kommune und der Bereich Tourismusförderung, der wie viele andere fälschlicherweise als „freiwillige“ Aufgabe definiert ist, steht zur Disposition. Das Landesverwaltungsamt fordert uns auf, kein Geld mehr dafür auszugeben; kein Geld mehr dafür zu „verschwenden“ könnte man gar zwischen den Zeilen heraus lesen – außer Acht lassend, dass Tourismusförderung das Gegenteil von Geldverschwendung ist, sondern viel mehr eine Ausgabe, die das Potential hat sich schnell zu amortisieren und sogar zusätzliche Einnahmen zu generieren.*

*Diesen Fakt beachtend, wurde im HSK der Zuschuss an den Tourismus-Verein nicht komplett gestrichen, sondern auf 60.000 € reduziert. Offen, vielleicht sogar gänzlich unbeachtet, blieb aber die Frage, welche der seit 1998 von der Stadtverwaltung an den Verein ausgelagerten Aufgaben damit nicht mehr zu erfüllen sind.*

*Dieser Frage widmen wir uns seit letztem Herbst. Genauer gesagt, reden wir darüber: Wir reden darüber, wer was wann gesagt oder nicht gesagt hat, welchen Inhalt welcher Brief hatte und welches Kommunikations- oder Kompromissangebot von wem abgelehnt wurde.*

*Und auch heute werden wir wieder nur reden, denn die „Aktuelle Stunde“ ist bekanntlich nicht geeignet, Beschlüsse zu fassen – und damit stellt sich für mich die Frage, was heute erreicht werden soll?!*

*Wie so oft gilt: Wir reden über Probleme, aber wir suchen nicht konstruktiv nach Lösungen; wir suchen Schuldige, aber keine Handlungsalternativen; wir schauen mehr zurück, als nach vorn! Wir müssen uns dem berechtigten Vorwurf der Bürger stellen, dass wir hier nur reden, reden, reden... und das gilt für viele Themen in der jüngsten Vergangenheit: die Stadtwerke, den öffentlichen Nahverkehr, heute für den Tourismus-Verein und – ich wage mal eine Prognose – auch für den Haushalt 2015.*

*Aber das Reden alleine, das Suchen nach dem, der oder den Schuldigen hilft nicht weiter. Es wird die Situation für keinen Beteiligten ändern oder gar verbessern. Was wir brauchen sind Lösungen, Alternativen oder zumindest Ideen. Wir brauchen zu allererst ein Ziel: Was wollen wir erreichen?*

*Wollen wir, dass der Tourismus-Verein sich auflösen muss, da der gekürzte Zuschuss bei gleichbleibender Aufgabenstellung nach eigener Aussage des Vereins nicht zur Deckung der Ausgaben reicht?*

*Wollen wir, dass alles weiter läuft, wie bisher und beschließen, dass der Verein den vollen Zuschuss erhält, seine Dienstleistungen unverändert anbieten kann. Dann haben wir wieder mal wochenlang nur über ein Problem geredet, um dann doch gar nichts zu verändern. Hinzu kommt, dass wir nicht wissen, wie das Landesverwaltungsamt sich positioniert und der ob der Zuschuss überhaupt gezahlt werden darf.*

*Oder wollen wir, dass die Aufgabe der Tourismusförderung nicht nur weiter, sondern bestmöglich erfüllt wird?*

*Das erfordert Nachdenken: Das erfordert die Definition der Ziele einer Fremdenverkehrsförderung für unsere Stadt und die Ableitung der konkreten Aufgaben, die zur Erreichung dieser Ziele nötig sind. Das erfordert die Prüfung, wer diese Ziele am besten umsetzen kann – in unserem Fall auch, wer die Aufgaben am kostengünstigsten erfüllen kann. Vielleicht ist es denkbar, dass einige der Aufgaben, die bisher an den Tourismusverein übertragen waren, von der Stadtverwaltung selbst erfüllt werden oder, wie gerade vorgeschlagen, von der Gera Kultur GmbH – vielleicht auch von Tourismus e. V. und Gera Kultur in Kooperation.*

*Um aber die Ziele zu benennen (zum Beispiel in einem aktuellen Marketingkonzept für unsere Stadt), die Aufgaben abzuleiten und zu klären, wer diese am besten erfüllen kann, braucht es Zeit. Und diese Zeit hat der Verein nach eigener Aussage nicht. Er scheint kurz vor der Insolvenz (oder besser Auflösung) zu stehen.*

*Auch hier ließe sich trefflich streiten, wer an dieser Situation Schuld hat: Für einige ist es die Stadtverwaltung, die kein Geld überweisen will, für andere der Verein, der nach mehrmaliger Aufforderung nicht konkret sagt, welche Aufgaben er bei reduziertem Zuschuss nicht mehr für die Stadt erfüllen kann und stattdessen ein Drohszenario der Insolvenz aufbaut.*

*Doch mit dieser Diskussion über die Schuld verlieren wir nur wieder wertvolle Zeit. Zeit, die wir brauchen, um die Gersche Tourismus-arbeit zukunftsfähig zu machen. Um für unsere Stadt zu werben, um unsere Stadt für die eigenen Bürger attraktiv zu halten, Gäste zu gewinnen und vielleicht sogar die eingangs genannten zusätzlichen Einnahmen zu generieren.*

Der **Antrag (s.u.) von Günter Domkowsky (DIE LINKE.)** wurde in den BKS, WSA sowie den HFA verwiesen und soll in der nächsten Sitzung des Stadtrates (19. März) zur Beschlussfassung vorliegen.

Beschlussvorschlag:

1. Die Gera Kultur GmbH übernimmt zum 1. Juni 2015 im Rahmen des Unternehmensgegenstandes und des Wirtschaftsplanes die Aufgabe der Betreuung des Touristischen Ansprechpunktes im H35 für Bürger und Gäste der Stadt Gera. Diese Aufgaben sind Teil des Stadtmarketings der Stadt Gera. Die konkrete vertragliche Ausgestaltung ist mit den bisherigen Partnern des Gera Tourismus e.V. abzustimmen. Über die Umsetzung ist bis 31. Dezember 2015 dem Stadtrat zu berichten.
  2. Die Oberbürgermeisterin wird bis September 2015 beauftragt, eine Beschlussvorlage für den Stadtrat zu erstellen, welche die weiteren Aufgaben im Rahmen des Stadtmarketings bis 2023 beschreibt, die Verbesserung des Image der Stadt sowie touristische Leistungen beinhaltet.
  3. Der Stadtratsbeschluss Nr. 267/1998 wird aufgehoben.
- 

**Im Mittelpunkt der Stadtratssitzung stand die erste Lesung des Haushaltsentwurfes für 2015.**

**Redebeitrag Andreas Schubert:**

*Meine sehr geehrten Damen und Herren, willkommen zur diesjährigen Haushaltsdiskussion des Stadtrats - die nichts anderes als die Neuauflage der Diskussion alter Probleme ist.*

*Wir sind heute hier zu einer ersten Lesung aufgerufen - zu einer ersten Bewertung der Form (meint das Verfahren und die Struktur) und des Inhalts (meint die politische Ausrichtung).*

*Ich beginne mit dem Inhalt und komme danach zur Form:*

*Was sagen uns die vorgelegten Haushaltszahlen für 2015?*

*Wird es damit wahrscheinlicher, einen genehmigten Haushalt für Gera zu bekommen?*

*Wird mit diesen Zahlen die Trendwende beschrieben - weg von immer größeren Defiziten, hin zu einem Abschmelzen der Kassenkredite - hin zum Haushaltsausgleich?*

*Werden endlich die überfälligen Investitionen geplant, die keinen weiteren Aufschub dulden?*

*Wird durch dieses Zahlenwerk der Wille des Stadtrats, niedergelegt in vielen Einzelbeschlüssen abgebildet, damit eine planmäßige und nachhaltige Entwicklung der Stadt mit positiver Perspektive, umgesetzt? In Zahlen gegossene Politik verlässlich dargestellt?*

*Zu keiner einzigen dieser Fragen, die uns von Einwohnern zu Recht gestellt werden, kann heute mit einem ehrlichen JA geantwortet werden.*

*Ganz im Gegenteil: DIE LINKE kommt zu dem eindeutigen Schluss: Gera ist von der Haushaltskonsolidierung weiter entfernt als je zuvor. Die im Vorbericht nachzulesenden Prognosen in der Kassenkreditlinie (Liquiditätssicherung!) weisen für 2023 in geplantes Volumen von 97,5 Millionen Euro aus! Zur Erinnerung - in dem Jahr wo laut Haushaltssicherungskonzept vom November 2013 die Kassenkredite ja auf null heruntergefahren sein sollten...*

*Das Defizit im Ergebnisplan, dort wo Einnahmen der Stadt gegen die Aufwendungen gestellt werden - da wo jetzt für dieses Jahr minus 21 Millionen Euro steht - dieses Defizit wird sich in der Addition der Jahresscheiben 2012 bis 2023 auf über 180 Millionen Euro belaufen. Dabei gibt es laut Vorausschau der Stadtverwaltung kein einziges Jahr, wo das jährliche Defizit "nur" einen einstelligen Millionenbetrag ausmachen wird....*

*Und dies wird alles prognostiziert trotz der Belastungen, die den Einwohnern unserer Stadt mit drastischen Gebühren- und Steuererhebungen in den letzten Jahren zugemutet wurden. Allein durch die letzte Steuererhöhung fließen zusätzlich fast 3,5 Mio. Euro jährlich in den HH der Stadt. Trotzdem ist kein Licht am Ende des Tunnels, kein HH-Ausgleich in Sicht.*

*Also bleib nüchtern festzustellen: Die Stadt Gera ist unterfinanziert.*

*Das Haushaltssicherungskonzept hat nichts mit der Realität des städtischen Haushalts zu tun. Wir haben in Gera nicht genügend Einnahmen, um unsere Ausgaben zu decken und mit kommunaler Selbstverwaltung lässt sich dieser Zustand schon längst nicht mehr beschreiben. Um daran etwas zu verändern braucht es zuallererst eine kommunalfreundlichere Politik von Landes- und Bundesebene. Wobei wir nun erstmals dafür eine Chance auf Landesebene erkennen können.*

*Wenn wir uns jetzt noch den so stiefmütterlich behandelten Investitionsnotwendigkeiten nähern, wird die Dramatik unserer Haushaltsslage noch klarer. Denn hier leben wir ja bekanntlich schon seit Jahren von der Substanz und sind inzwischen an verschiedenen Stellen am Limit angekommen - ich erinnere an die Diskussion im letzten Jahr, das städtische Gebäude in denen Kitas untergebracht sind, auf Grund fehlender Brandschutzauflagen der Entzug der Betriebserlaubnis drohte. Dort konnte nun eine Lösung auf den Weg gebracht werden, mit Investitionspauschalen - ich komme darauf gleich noch mal zurück.*

*Was wäre denn eigentlich die Lösung wenn man in einer Kommune feststellt: Es gibt einen dramatischen Investitionsstau an Schulen, dem KuK, bei Feuerwehren, Straßen, Brücken usw... und gleichzeitig bekommt die Kommune Kredite mit de facto Null-Prozent-Zinsen?*

*Wäre nicht die Entscheidung eines jeden Unternehmers, eines jeden Einwohners im privaten Bereich: ja ich investiere um meine marode Infrastruktur endlich zu sanieren, zumal ich damit die laufenden Betriebsausgaben für Unterhalt und Reparatur senken kann und noch nicht mal eine Kreditverzinsung zu bezahlen habe? Doppelter Vorteil also!*

*Was steht nun im Haushaltsplan der Stadt Gera?*

*Dort steht: wir zahlen unsere Investitionskredite zurück und senken damit dieses Jahr das Volumen für beanspruchte Investitionskredite um 6,5 Millionen Euro ab, von über 91 Millionen Euro zu Ende 2014 auf unter 85 Mio. Euro Ende 2015.*

*Kann das das letzte Wort sein? Ist das wirklich verantwortbar für die Zukunft unserer Stadt? Wohl kaum.*

*Hier ist die Unterstützung des Landes dringend gefragt: Gera braucht die Rückerlangung der Investitionsfähigkeit und im Zweifelsfall auch außerhalb des Haushaltsplanes genauso, wie auch ohne genehmigten Haushalt die Mittel der Infrastrukturpauschale im Kita-Bereich oder die Wiederaufbaumittel nach dem Hochwasser verwendet werden dürfen. So müssen auch die zusätzlichen Pauschalen des Landes für Investitionen 2015 freigelockert werden. Auch die Möglichkeit, an dem neuen Schulbauinvestitionsprogramm ab 2016 teilzuhaben, muss für notleidende Kommunen auf solch einem Weg gesichert werden. Ansonsten wird sich die Unwucht in der kommunalen Familie unseres Landes immer weiter verschärfen. Das kann nicht im Interesse des Landes liegen. Deshalb sehen wir als LINKE hoffnungsvolle Signale durch die neue RRG-Landesregierung auch an dieser Stelle, quasi eine Rettung vor dem Ertrinken. Bis wir jedoch am sicheren Ufer ankommen, braucht es noch deutlich größere Anstrengungen...*

*Aus diesen Gründen ist der Investitionsteil als völlig unzureichend zu bewerten und auch in der vorgelegten Prioritätensetzung in den Fachausschüssen neu zu diskutieren.*

*DIE LINKE hat z.B. die Erwartung, dass mit Blick auf lange aufgeschobene Brandschutzmaßnahmen z.B. auch für Schulen ein Sicherheitspolster wie die Oberbürgermeisterin die eingeplante Million für die Wiesestraße nennt, vorgesehen wird. Auch hier geht es für den Schulträger Stadt Gera um die Vorsorge seine Aufgaben weiter erfüllen zu können.*

*Und apropos Stadtwerke und GVB-Insolvenz:*

*Hier ist aus Sicht meiner Fraktion ein erhebliches Risiko für den HH der Stadt Gera noch nicht mal im Ansatz mit Zahlen beschrieben. Ohne Hilfe des Landes wird es auch dort nicht gehen. Wir als LINKE stehen dort gern als Gesprächspartner für Verhandlungen der Stadt mit dem Land bereit. Jedoch ergeht an dieser Stelle erneut der dringende Appell an die Oberbürgermeisterin hier nun endlich einen Zeitplan für eine kommunalpolitische Entscheidungsfindung vorzulegen. Es müssen endlich legitimierte Gremien über Lösungsmöglichkeiten für die Zukunft der kommunalen Daseinsvorsorge unserer Stadt diskutieren, die im Stadtrat dann zu entscheiden sind.*

*Wir wollen als LINKE die anstehende Haushaltsdebatte auch zur Diskussion zu Zukunftsfragen, die sich natürlich immer wieder auch in Haushaltsplänen niederschlagen, nutzen.*

*Was sind die schönsten Konzepte bei der Museums-, der Bibliotheks- der Kultur- Entwicklung wert, wenn sie keinen Haushaltsplan überstehen?*

*Wenn daraus eben keine planmäßige Entwicklung ableitbar ist?*

*Welche Spielräume gibt es in den kommenden Jahren und wie kann man diese langfristig nutzen?*

*Welche Entwicklungen sollte die Stadt dabei wie unterstützen?*

*Warum z.B. ignoriert die Stadtverwaltung die Vorschläge aus dem Stadtrat für ein Anreizprogramm für Studenten, wo doch alle Betroffenen davon überzeugt sind, dass es die Stadt für eine positive Entwicklung braucht. Weil wir Studentenstadt werden wollen. Vor 2 Jahren versprochen sie, Frau Oberbürgermeisterin, dass sich um dieses Anreizprogramm jemand in einer neu zu schaffenden Struktur in der Verwaltung kümmert - passiert ist bisher erkennbar nichts. Können wir uns das wirklich leisten? Ich meine NEIN, denn jeder Student der mehr in Gera wohnt, belebt nicht nur unsere Stadt, nein er belebt auch die städtischen Finanzen.*

*Im Kleinen für Verbesserung zu sorgen, Entwicklungen anzustoßen, zu verstärken, zu vernetzen und endlich auch mal den Betroffenen einen konkreten Fortschritt präsentieren, das ist nicht nur bei diesem Thema die Aufgabe!*

*Wir haben also inhaltlich ganz viel zu bewegen in dieser Haushaltsdiskussion.*

*Und damit komme ich zur Form:*

*Die für dieses Jahr nun geplante längerfristige intensive Diskussion des Haushaltsplans und des heute Haushaltssicherungskonzepts - welches die Verwaltung heute nicht vorzulegen vermag - ist der Bedeutung dieser Beschlüsse angemessen. Es sind doch genau die mit den weitreichendsten Auswirkungen, die im Stadtrat im Laufe des Jahres diskutiert werden und deshalb sollte sich dies auch in der Intensität der Beratung widerspiegeln. Jedoch geht diese Bewertung von 2 Bedingungen aus, die die Stadtverwaltung hoffentlich nicht in Frage stellt:*

*- Die Arbeit am Haushaltsplan und dem Haushaltssicherungskonzept kann durch den Stadtrat nur begleitet werden. Das bedeutet die Kämmerei, bzw. diejenigen, die das Haushaltssicherungskonzept verantworten, sind nicht aus der Pflicht beschlussreife Vorlagen zu erarbeiten - das kann der Stadtrat der Verwaltung nicht abnehmen.*

*- Die gemeinsame Arbeit am Haushaltsthema funktioniert nur, wenn es - jetzt endlich!- zu einem transparenten DIALOG kommt: Die Hinweise und Anforderungen der Fraktionen von heute und in den Ausschussberatungen werden von der Kämmerei in der Fortentwicklung des HH aufgenommen und zudem wird der Stadtrat über haushaltsrelevante Informationen zeitnah in Kenntnis gesetzt.*

*Frau Oberbürgermeisterin ich hoffe es gilt noch Ihre Zusage aus dem HA in der vergangenen Legislatur, dass z.B. zu Schreiben aus dem LVWA den HH betreffend eine zeitnahe Information an die Fraktionen erfolgt? Bei der fällig gestellten Patronatserklärung waren Stadträte auf die Lektüre der Tageszeitung angewiesen - genau so funktioniert es aber nicht.*

*Was bis heute auch nicht funktioniert ist das Versprechen zur Einführung der Doppik, der HH-Plan werde damit transparenter, für den Stadtrat nachvollziehbarer, und besser steuerbar...alles das ist nicht passiert. Wir haben ein völlig intransparentes Zahlenwerk, wo z.B. Hochwasserwiederaufbau als Investitionen gar nicht objektkonkret nachvollzogen werden kann, da die meisten Projekte als Instandsetzung zusammengefasst wurden. Es gibt keine Systematik, die einleuchtet, oder warum stehen die Millionen für die fällig gestellten Kreditbürgschaftsmillionen aus der Patronatserklärung nicht im Finanzplan für 2015? Es gibt keine regelmäßige Rückkopplung mit dem Stadtrat welche Produkte und welche Produktziele eigentlich zu aktualisieren sind - 2015 wird das einfach von 2014 übernommen...*

*Und all dies hat die Frage zu Folge: welchen Vorteil hat die Stadt eigentlich durch die Einführung der Doppik konkret? Immer vor dem Hintergrund, dass durch die Notwendigkeit auch noch 20 Millionen Euro Abschreibungen in einem eh unterfinanzierten Haushalt darzustellen, die Aufgabe deutlich verschärft...*

*Sollten wir im Ergebnis der Diskussion für Gera zu einer ähnlichen Bewertung wie der Landesrechnungshof Rheinland-Pfalz kommen, der in seinem Kommunalbericht 2011 ausführt, dass ein Nutzen der kommunalen Doppik noch nicht feststellbar sei, muss undogmatisch über Konsequenzen nachgedacht werden...*

*In Zusammenfassung der ersten Bewertung der vorgelegten Entwurfsplanung lassen Sie mich für DIE*

*LINKE feststellen:*

*Mit keiner noch so intensiven Diskussion lassen sich hier auf kommunaler Ebene die Ursachen für die Schieflage der städtischen Finanzen verändern und damit die Haushaltsprobleme von Gera lösen. Doch auch an dieser Stelle geht es uns um Transparenz: DIE LINKE hatte Ihnen Frau Oberbürgermeisterin in der letzten Haushaltsdebatte, die der Stadtrat vor der Sommerpause 2014 zur Anhebung der Steuersätze geführt hatte den Auftrag mit auf den Weg gegeben, zur Haushaltsdiskussion 2015 die Defizite zwischen den Aufwendungen inklusive Personalkosten für Aufgaben, die Bund und Land der Stadt auferlegt haben und die Einnahmen, die uns dafür zur Verfügung gestellt werden über alle Dezernatsbereiche konkret auszuweisen.*

*Dies liegt jetzt nicht vor und muss deshalb dringend nachgereicht werden. Denn damit wird erkennbar in welcher Dimension unsere Stadt unterfinanziert ist und wie sich die bekannten Defizitmillionen erklären....*

*Es ist nicht so, dass Gera in den vergangenen Jahren über seine Verhältnisse gelebt hätte. Eine solche Einschätzung haben wir als LINKE immer wieder zurückgewiesen, weil es einfach nicht stimmt. Und auch wenn wir in Gera diese oder jene Entscheidung der Vergangenheit anders getroffen hätten lässt sich daraus nicht der Schluss ziehen, wir würden heute nicht in einer Haushaltsschieflage stecken. Nein die Finanzprobleme unserer Stadt haben ihre wesentlichen Ursachen auf den übergelagerten Ebenen, genauso wie es die Einschätzung des Städtetages zu Beginn des Vorberichts des HH 2015 beschreibt. Und deshalb kann für das beschriebene Defizit nicht erneut den Einwohnern unserer Stadt der Schuldschein zugeschrieben werden. Dort ist die Belastungsgrenze für viele schon deutlich überschritten.*

*Vielen Dank!*

---

Die CDU-Fraktion hält den gegenwärtigen Entwurf nicht für beratungsreif und auch die SPD-Fraktion fordert eine grundlegende Überarbeitung. B90/Die Grünen machen eine Zustimmung von der Minimierung der Deckungslücke abhängig.

Der Haushaltsentwurf wurde zur Beratung in die Fachausschüsse verwiesen.

---

Mit dem mehrheitlichen Beschluss des gemeinsamen Antrages DS11/2015 von LINKE, CDU und Grünen zu **Kita-Gebühren** in der Stadt Gera wurde festgelegt, Haushaltssicherungsmaßnahmen – Erhöhung der elterngeldgebühren in Kita zur Erhöhung der Einnahmen der Einnahmen für den Städtischen Haushalt von ca. 800.000€ pro Jahr nicht umzusetzen.

**Redebeitrag: Daniel Reinhardt (DIE LINKE)**

*Sehr geehrte Frau OB / Vors / Stadträte / Eltern und Kinder,*

*ich werde nun zu der Vorlage 11/ 2015 Kita Gebühren der Stadt Gera sprechen.*

*Erhöhen oder nicht?*

*Zuerst möchte ich als Vors. des JHA sprechen.*

*Ich freue mich außerordentlich die Beschluss-Vorlage 11/2015 in die heutige SRS einzubringen.*

*Wie sie sich erinnern werden, gab es im November letzten Jahres den Auftrag an den JHA sich der Kitagebühren der Stadt Gera nochmals anzunehmen. Der aktuellen Stunde vom 20 Nov. 2014 ging eine Demonstration voraus, organisiert durch den Stadtelternbeirat.*

*Die von der Verwaltung erarbeitete Vorlage stieß auf breiten Protest der Elternschaft. Hierbei trifft jedoch nicht etwa die Verwaltung die Schuld, nein vielmehr wurde sie im Zuge der HSK-Maßnahmen hierzu aufgefordert eine Lösung zu finden.*

*Am Rande erwähnt, dieses Thema beschäftigt uns nun seit über 2 Jahren – und ich kann mir gut vorstellen, dass falls heute eine abschließende Entscheidung getroffen wird, die Verwaltung ebenfalls zufrieden sein wird sich anderen Aufgaben zu widmen.*

*Gleiches gilt für die Eltern die ihre Kinder in Kitas bringen. Sie sollen nach dem heutigen Tage wissen, ob die Gebühren durch die Stadt angehoben werden oder gleich bleiben.*

*Im JHA gab es, wie sie sich vorstellen können eine breite Diskussion zu diesem Thema.*

*Tenor dieser Diskussion war, dass die politischen Vertreter keine Gebührenerhöhung in diesem Bereich haben wollen.*

*Die Träger der freien Jugendhilfe haben sich – und das möchte ich auch ausdrücklich hervorheben, nicht etwa dagegen positioniert, sondern vielmehr darum gebeten, dass es eine politische Entscheidung seitens der Stadträte und der Verwaltung geben möge. Die Verwaltung hatte zu Ihrem Vorschlag mit den Trägern bereits ein Jahr lang verhandelt.*

*So kam es zu dem Abstimmungsergebnis → „5 Für Stimmen“ der Rest Enthaltungen.*

*Wie sie sehen meine Damen und Herren ist die Vorlage unterzeichnet von der Fraktion CDU / Bündnis 90 die Grünen und der LINKEN.*

*Deshalb gilt mein besonderer Dank auch Christian Klein, Ines Wegener sowie Andreas Schubert die mit mir gemeinsam diese Vorlage erarbeitet haben. Das ist im Übrigen auch der Grund weshalb es noch bis in den Februar hinein gedauert hat – mir war es wichtig als Vors. des Ausschusses eine breite Mehrheit sowie eine breite Übereinstimmung zu erzielen – und das dauert eben ein bisschen.*

*Ich persönlich bin mit dem Ergebnis sehr zufrieden.*

*Nun möchte ich für meine Fraktion und eben zur Begründung sprechen, weshalb gerade die LINKEN in Gera dieser Vorlage mit Mehrheit zustimmen werden. Keine Gebührenerhöhung.*



*Auch an dieser Stelle möchte ich kurz in die Vergangenheit zurückblicken. Im April letzten Jahres, zur Zeit der Kommunalwahlen hatte der Stadtelternbeirat eine Sitzung im April organisiert – zu Thema Kita. Wir die Partei die LINKE haben damals zugesagt, dass es mit uns zu keiner Gebührenerhöhung im Bereich der Kitas – durch die Stadt verursacht, kommen wird. Hierzu stehen wir auch heute noch.*

*Die Begründungen damals wie heute sind im Grunde dieselben – und wir hier im Hause kennen diese auch. Neu bzw. anders ist die Schwierigkeit mit dem derzeitigen Haushalt verbunden mit dem HSK.*

*Die Vorlage beinhaltet eine Nichtumsetzung der Haushaltssicherungsmaßnahmen in den Produkten 3611 und 3651. Heißt auf Deutsch, dass die Gebühren für Kindertagesstätten Plätze gleich bleiben.*

*Das hat zur Folge, dass eine Summe an Geldern um die 800T € nicht in diesem Bereich konsolidiert werden. Das kann man schlecht finden und Bauchschmerzen dabei haben, und es wird auch Personen hier im Rat geben denen das so geht. Diese Personen oder Wählervereinigungen haben Bauchschmerzen im Hinblick darauf, dass wir die benötigten Mittel zur Sanierung nicht zusammen bekommen. Genau diese Personen brauchen wir aber auch – um ein Gleichgewicht zu haben und um nicht in die Versuchung zu geraten Traumschlösser zu bauen.*

*Obwohl an dieser Stelle von Traumschlössern zu sprechen wäre wirklich nicht redlich.*

*Denn in diesem Bereich, der der Familien betrifft, wurde in den vergangenen Jahren schon viel gespart – und zwar zu Lasten der Familien.*

- um über 40% wurden Hortgebühren erhöht*
- Tierpark und Museumspreise würden erhöht*
- im Bereich Kitas wurden die Sachkostenzuschüsse gestrichenen – auf 0*
- Ausstattungsmittel für unsere Schulen wurden halbiert*
- und noch viele weitere sowie auch die Allgemeinen Kosten die Alle treffen*

*Es gibt aus meiner Sicht mehrere weitere Möglichkeiten wie mit den Kitagebühren umgehen könnten.*

*Ich werde diese jetzt kurz nennen und begründen weshalb diese aus unserer Sicht nicht gut sind.*

*Das wir die Gebühren gleich ganz abschaffen werden - wissen wir alle - wird und kann nicht passieren.*

*Einen Rahmenvertrag oder eine einheitliche Gebührensatzung wie es die SPD hier in Gera angeregt hat, ist ganz einfach rechtlich nicht möglich, da wir als Stadt Gera in diesem Bereich kein Satzungsrecht haben.*

*Im Punkt 1 wollen Sie eine „weitgehende“ einheitliche Kita- Entgeldordnung für alle Kitas. Bitte was ist weitgehend einheitlich?*

*Nicht nur das wir Ihnen schon erklärt haben das es nicht geht, gern nochmal die Auffassung vom Herrn Matschi zu diesem Thema – ehem. Minister der SPD.*

*Ich zitiere: soweit die Trägerschaft im Rahmen des §5Abs.1 Nr. 1,3 o4 Th.Kita.G an dritte übertragen wurde, und das ist im übrigen nei allen Kitas in Gera seit 1993 der Fall, dann können die Kommunen weder Benutzungsgebühren noch privatrechtliche Entgelte für die Inanspruchnahme der Kita erheben.*

*Mit der Übertragung betreibt die Stadt Gera nun keine Kita mehr selbst, insoweit hat sie auch keine satzungsrechtliche Regelungskompetenz im Sinne der § 19ff. Th.Kommunalordnung sowie § 1, 2, 12 Th.Kommunalabgabengesetz. Auch aus den Regelungen des § 20 Th.Kita.G. lässt sich nichts anderes herleiten. Im Übrigen sieht das mein stell. Im Ausschuss sowie Vors. der AG Kita Herr Hoffarth genauso – auch SPD. Vielleicht fragen Sie das nächste Mal, wenn Sie uns schon nicht glauben, erst mal in ihrer eigenen Partei nach.*

*Eine weitere Möglichkeit – wir finden heute wieder keine Lösung. Das hätte zur Folge, dass Mitarbeiter aus der Verwaltung wieder an dieses Thema gebunden wären und nicht an anderen Bereichen weiter arbeiten könnten. An Bereichen die einen tatsächliche Verbesserung für unsere Stadt erbringen würde.*

*Bei den Eltern würde ein Unbehagen entstehen, weil wieder keine weiß wie es nun weiter gehen wird – Ungewissheit macht in diesem Bereich unzufrieden.*

*Die andere Möglichkeit wäre eine Gebührenerhöhung, positiv daran wäre – eine geglaubte Mehreinnahme für die Haushaltssanierung.*

*Geglaubt deshalb, weil wenn man Beispielsweise aus Gründen der sozialen Verantwortung eine gestaffelte Gebührenerhöhung vornehmen würde, und zwar gemessen an dem Einkommen der Eltern, hätte das zur Folge, dass neue Mitarbeiter eingestellt werden müssten, die wiederum die Einkommensprüfung vornehmen. Zuerst entstehen also Mehrkosten, weil Gehalt - und wir noch nicht an der Sanierung dran sind. Also Gehalt plus gewollte Sanierungssumme müssten nun von den Eltern erbracht werden. Demzufolge würde die Gebühren so hoch werden, dass Beispielsweise ein gut verdienende Familie mal eben schnell über 500€ zahlen müsste. Das wollen wir nicht!*

*Die Gebührenerhöhungen an sich, hätten zur Folge, dass es zu dem unschönen Phänomen der sozialen Selektierung kommen würde. Gemeint ist, dass Kitas sich aussuchen könnten und müssten – ob sie Eltern aufnehmen, die selbst die Gebühren tragen können, weil sich so die Kosten für die Kita rechnen. Zudem käme hinzu, dass die Eltern die Gebühren zahlen können, weil Sie eben nicht auf Transferleistungen wie Hartz IV oder Sozialleistungen angewiesen sind das Gefühl haben – für alle anderen mitzuzahlen und dadurch schlechter gestellt werden! Der soziale Zusammenhalt der Menschen unserer Stadt würde massiv leiden.*

*Am härtesten trifft es finanziell die Haushalte, die gerade so von Monat zu Monat kommen ohne auf Finanzhilfen angewiesen zu sein. Um die 50€ mehr müssten diese Familien zahlen – und das ist mindestens ein Wocheneinkauf.*

*Die Kinder um deren Entwicklung es im Grunde geht, können gar nichts dafür!*

*An dieser Stelle würde nun gut passen, warum Kitas und die ersten Lebensjahre so wichtig sind, aber keine Sorge darauf verzichte ich heute, ABER es ist verdammt WICHTIG.*

*Wir als LINKE hier in Gera wollen, dass Familienfreundlichkeit nicht nur eine leere Worthölse ist. Deshalb wollen wir dass die Gebühren im Bereich Kitas in Gera nicht erhöht werden. Für uns ist das eine Investition in die Zukunftschancen für die Menschen die hier leben.*

*Eine Stadt der Zukunft zu sein bedeutet, Kinder und Jugendliche, ihre Familien und alleinerziehenden Eltern willkommen zu heißen, ihnen Möglichkeiten zur Entfaltung ihrer Persönlichkeiten und ihrer Kreativität einzuräumen. Heißt dieser Vorlage heute zuzustimmen, auch wenn es in diesen Zeiten schwer fallen könnte.*

*Gera als Kinder- und Familienfreundliche, soziale Stadt - **Das ist uns wichtig.***